03.463

Parlamentarische Initiative Wasserfallen Kurt. Limitierte Anzahl Sonntagsverkäufe ohne Restriktionen

Initiative parlementaire Wasserfallen Kurt. Ouverture sans restriction des magasins un nombre limité de dimanches

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.07 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.07 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.12.07 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.12.07 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit I
(Rennwald, Berberat, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon)
Nichteintreten

Antrag der Minderheit II
(Berberat, Favre, Fehr Hans-Jürg, Genner, Germanier, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Pelli, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)
Rückweisung an die Kommission
mit dem Auftrag, bei den Kantonen, Sozialpartnern und Konsumentenverbänden eine Vernehmlassung über diese Änderungsvorlage zum Arbeitsgesetz durchzuführen.

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité I
(Rennwald, Berberat, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon)
Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité II
(Berberat, Favre, Fehr Hans-Jürg, Genner, Germanier, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Pelli, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)
Renvoi à la commission
avec mandat de consulter les cantons, les partenaires sociaux et les associations de consommateurs au sujet de ce projet de modification de la loi sur le travail.

Wandfluh Hansruedi (V, BE), für die Kommission: Kollege Wasserfallen reichte am 17. Dezember 2003 eine parlamentarische Initiative ein, mit dem Ziel, vorübergehende Sonntagsarbeit für bis zu vier Sonntagsverkäufe, insbesondere sogenannte Weihnachtsverkäufe, ohne Bedürfnisnachweis zuzulassen. Die Kantone sollen die Anzahl Sonntage pro Jahr selber festlegen. Der Titel der Initiative, "Limitierte Anzahl Sonntagsverkäufe ohne Restriktionen", ist etwas irreführend, man könnte vielleicht sogar sagen, etwas provokativ. Man müsste hier vielmehr sagen: "Limitierte Anzahl Sonntagsverkäufe ohne Sondergenehmigung". Die Restriktionen im Rahmen des bisherigen Arbeitsgesetzes sind selbstverständlich verpflichtend und sollen es auch bleiben. Natürlich soll wie bisher für die Sonntagsarbeit das Einverständnis der Arbeitnehmenden eingeholt werden müssen. Natürlich sollen im Normalfall die Sonntagszuschläge in der Höhe von 50 Prozent bezahlt werden. Natürlich ist auch der Ersatzruhetag von 35 Stunden zu gewähren.
Die parlamentarische Initiative wurde notwendig, da sich das Bundesgericht in einem Urteil gegen den Kanton Bern so geäussert hat, dass Globalbewilligungen für Sonntagsverkäufe nur dann erteilt werden können, wenn erstens der Verkauf eine langjährige Tradition darstellt oder wenn zweitens die Auslandkonkurrenz einen solchen Verkauf notwendig macht; Beispiel: Kanton Tessin. Dem Kanton Bern gestand das Gericht keine der beiden Grundvoraussetzungen zu und verbot entsprechend die global bewilligten Sonntagsverkäufe. 19 Kantone kennen Sonntagsverkäufe, viele davon dürften der bundesgerichtlichen Rechtsprechung nicht genügen; so z. B. Solothurn, Luzern und Obwalden, welche zwei global bewilligte Sonntagsverkäufe kennen, oder Zürich, das vier solche kennt. Es drängt sich hier vom Bund her auf, gewisse Eckpfeiler einzuschlagen und Obergrenzen für die Anzahl der global bewilligten Sonntagsverkäufe festzulegen.
Am 18. November 2004 hat die WAK-NR der parlamentarischen Initiative Wasserfallen mit 14 zu 10 Stimmen Folge gegeben, die WAK-SR am 5. September 2006 mit 5 zu 3 Stimmen. Daraufhin beschloss die WAK-NR am 28. November 2006, zusammen mit der Bundesverwaltung einen Gesetzestext zu erarbeiten. Die WAK-NR schlägt Ihnen vor, das Arbeitsgesetz wie folgt mit einem zusätzlichen Artikel 6 zu ergänzen: "Die Kantone können höchstens vier Sonntage pro Jahr bezeichnen, an denen Arbeitnehmer in Verkaufsgeschäften ohne Bewilligung beschäftigt werden dürfen." Mit dieser Formulierung wird auch der Wille des Initianten umgesetzt. Zudem erhalten die kantonalen Behörden, die sich mit dem Vollzug des Arbeitsgesetzes befassen, Leitlinien für die Sonntagsarbeit. Mit dieser Formulierung wird ein wichtiger Schritt in Richtung Rechtssicherheit und Gleichbehandlung gemacht.
Wichtig ist, dass die Gesetzesanpassung für die Kantone nicht verpflichtend ist. Sie müssen keinen einzigen Tag Sonntagsverkauf bestimmen, wenn sie nicht wollen; sie dürfen vier, drei, zwei oder eben auch null Tage festlegen. Das hat zur Folge, dass im letzteren Fall keine Geschäfte bewilligungsfrei offenstehen dürfen. Nicht von der Regelung betroffen sind Betriebe nach Artikel 27 des Arbeitsgesetzes, die in den Genuss von Sonderbestimmungen der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz kommen und somit von der Bewilligungspflicht für Sonntagsarbeit ohnehin befreit sind. Ich erinnere beispielsweise an Tourismusregionen oder an Tankstellenshops.
Auf den Bundeshaushalt hat die vorgeschlagene Gesetzesänderung keine finanziellen Auswirkungen, hingegen auf die Kantonshaushalte, indem die kantonalen Arbeitsinspektorate nicht mehr anhand von einzelnen Gesuchen prüfen müssen, ob das dringende Bedürfnis für Sonntagsverkäufe gegeben ist oder nicht. Es gibt also dort eine Entlastung. Die vorgeschlagene Revision entspricht zudem voll und ganz dem europäischen Recht.
Die WAK beantragt Ihnen mit 15 zu 8 Stimmen bei 0 Enthaltungen, auf das Geschäft einzutreten.
Es liegen drei Minderheitsanträge vor. Die Minderheit II (Berberat) verlangt die Rückweisung an die Kommission, verbunden mit dem Auftrag, eine Vernehmlassung durchzuführen. Da der neue Gesetzestext für die Kantone keine Pflicht für Sonntagsverkäufe enthält, hat die WAK mit 12 zu 12 Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten darauf verzichtet, eine Vernehmlassung durchzuführen. Die Stellungnahmen der Parteien, der Kirchen und der Sozialpartner zu diesem Thema sind aus der Diskussion und aus dem Abstimmungskampf rund um die Sonntagsverkäufe in Bahnhöfen und Flughäfen aus dem Jahr 2005 hinlänglich bekannt. Deshalb vertritt die Mehrheit der WAK mit Stichentscheid des Präsidenten die Meinung, auf eine Vernehmlassung könne verzichtet werden.
Die Minderheit I (Rennwald) beantragt, auf die Vorlage nicht einzutreten. Für sie war das Resultat der Abstimmung über

AB 2007 N 1414 / BO 2007 N 1414

die Sonntagsverkäufe in Bahnhöfen und Flughäfen zu knapp, um weitere Liberalisierungsschritte einzuleiten. Zudem fürchtet die Minderheit I, dass vor allem Erwerbstätige in armen Verhältnissen Sonntagsarbeit leisten werden. Die Minderheit I verkennt dabei, dass diese Leute nicht dazu gezwungen werden können, dass es

aber gerade für diese Personengruppe interessant sein kann, einen Zusatzverdienst zu erhalten. Schliesslich wird der Zusatzimpuls betreffend Wirtschaftswachstum angezweifelt. Hier dürfte der Blick in die Berner Innenstadt in der Adventszeit Aufschluss geben.
Wir haben schliesslich eine Minderheit III (Berberat). Sie will den Angestellten, die gemäss diesem Gesetz an maximal vier Sonntagen pro Jahr arbeiten müssen, einen Lohnzuschlag von 75 Prozent statt der üblichen 50 Prozent gewähren. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass es gegenüber allen anderen am Sonntag Arbeitenden ungerecht wäre, hier auf Gesetzesstufe eine vom heutigen Gesetz abweichende Regelung festzuschreiben. Es ist nicht verboten, einen Lohnzuschlag von 75 Prozent zu bezahlen. Wer das will, kann das tun, doch die Lohnfindung und das Lohnsystem sind Sache der Sozialpartner. Weshalb sollen hier die betroffenen Angestellten 75 Prozent Lohnzuschlag erhalten, aber andere Leute, die regelmässig Sonntagsarbeit leisten, nur 50 Prozent? Ich spreche von Leuten im Tourismus, in Pflegeberufen, im öffentlichen Dienst usw. Die WAK hat den Antrag, der dann von der Minderheit III (Berberat) aufgenommen wurde, mit 14 zu 7 Stimmen abgelehnt.
Schliesslich liegt uns noch ein Einzelantrag Robbiani vor. Kollege Robbiani beantragt einen neuen Absatz 7: "In der Ausführungsgesetzgebung können die Kantone vorsehen, dass bei der Beschäftigung der Arbeitnehmer die Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrags oder eines Mustervertrags einzuhalten sind." Dieser Antrag lag der Kommission nicht vor. Das Anliegen von Herrn Robbiani in Bezug auf Gesamtarbeitsverträge kennen wir von früher, z. B. von der Diskussion über Sonntagsarbeit in Bahnhöfen und Flughäfen, explizit auch von der parlamentarischen Initiative Robbiani 06.418, "Ladenöffnungszeiten und Gesamtarbeitsverträge". Vom Rat ist diese Initiative noch nicht behandelt worden, aber in der WAK wurde sie am 22. Mai 2007 mit 13 zu 7 Stimmen abgelehnt. Deshalb glaube ich, dass ich den Antrag Robbiani mit gutem Gewissen ablehnen kann und damit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Kommission vertrete.
Zusammenfassend beantrage ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten, die Anträge aller Minderheiten und den Antrag Robbiani abzulehnen und das Arbeitsgesetz gemäss der Vorlage anzupassen. Das Stimmenverhältnis in der Kommission betrug 14 zu 7.

Meier-Schatz Lucrezia (C, SG), pour la commission: Notre ancien collègue Kurt Wasserfallen avait déposé une initiative parlementaire le 17 décembre 2003 suite à un arrêt du Tribunal fédéral au sujet d'un recours déposé dans le canton de Berne. A l'origine de cette démarche s'est trouvée une circulaire du SECO qui stipulait que l'occupation du personnel dans les commerces pouvait être approuvée deux dimanches par année seulement sans plus ample examen. Le Tribunal fédéral a fait remarquer dans sa décision qu'en l'absence d'un fondement juridique, seul le besoin urgent pouvait justifier l'exception.
Selon le Tribunal fédéral, l'examen de la condition requise pour l'octroi d'un permis dominical de travail temporaire devait se faire sur la base de la situation concrète. Le Tribunal fédéral a de plus précisé que le besoin urgent de travail dominical pouvait être considéré comme établi si l'ouverture des commerces reposait sur la tradition, ce qui est par exemple le cas dans un canton proche du mien, Appenzell Rhodes-Intérieures.
De plus, il a rappelé qu'une exception ne pouvait être allouée que pour répondre à un besoin déjà existant, par exemple l'ouverture des magasins dans les régions touristiques ou certains dimanches de l'Avent. Cette clause du besoin a été l'un des éléments pour le dépôt de l'initiative parlementaire Wasserfallen, car le Tribunal fédéral avait précisé qu'il n'existait dans le canton de Berne ni une tradition légitimant une exception à l'interdiction du travail dominical, ni une concurrence étrangère suffisante, puisque le canton n'est pas un canton frontalier.
Suite à cet arrêt restrictif du Tribunal fédéral, le SECO a adressé aux cantons des directives réglant l'occupation du personnel le dimanche pendant la période de l'Avent avec pour résultat que chaque canton a développé sa stratégie, souvent d'entente avec les syndicats, et avec pour effet aussi qu'un très grand nombre de cantons, soit 19 en 2004, autorisent aujourd'hui les ventes dominicales pendant la période de l'Avent.
La révision proposée par l'auteur et aujourd'hui par la majorité de votre commission consiste à autoriser l'occupation du personnel le dimanche, jusqu'à quatre dimanches par année, sans qu'il soit nécessaire d'établir l'existence d'un besoin urgent. Cette révision a pour effet que les autorités cantonales bénéficieront à l'avenir d'une réglementation claire et uniforme et de directives précises relatives à l'application de la loi sur le travail.
La réglementation que vous propose la majorité de la commission permet de répondre non seulement au besoin de flexibilité exigé des commerçants de détail, mais encore aux besoins des autorités en vue d'une clarification de la situation juridique.
Les Commissions de l'économie et des redevances des deux conseils ont approuvé dans leur majorité d'entrer en matière sur l'initiative et vous proposent d'en faire de même. Suite à l'approbation de cette initiative par les CER des deux conseils, notre commission a chargé le 28 novembre dernier l'administration de lui soumettre un avant-projet de texte qui a fait l'objet d'une intense discussion en son sein.

Ce texte de loi complétant la loi sur le travail a été amendé au cours des débats en commission et nous vous soumettons aujourd'hui le fruit de nos considérations. La majorité de la commission estime que les différences régionales et locales contribuent à d'inutiles tensions entre les régions et les cantons puisque certaines autorités cantonales d'exécution sont plus généreuses que d'autres dans l'octroi des permis de travail le dimanche. Alors que certains cantons admettent les exceptions, même si les conditions requises par la loi sur le travail ne sont pas remplies, d'autres sont plus légalistes et s'en tiennent à la loi sur le travail.
L'inégalité de traitement, tant des travailleurs que des commerçants, ainsi que des entreprises actives sur l'ensemble du territoire suisse est dérangeante dans un Etat de droit. Estimant qu'une réglementation s'impose, la majorité de la commission vous propose aujourd'hui de donner la compétence aux cantons d'octroyer la possibilité d'ouvrir les magasins quatre dimanches par année sans autorisation préalable.
Il convient dans ce contexte de rappeler que, si le législateur fédéral se doit de modifier ou de compléter la loi pour permettre ce travail, la réglementation des heures d'ouverture des magasins relèvera à l'avenir également de la compétence des cantons et des communes. Comme par le passé, le commerçant décidera lui-même s'il entend ou non ouvrir son commerce un de ces quatre dimanches ou tous les quatre dimanches retenus par les autorités cantonales.
La minorité I de la commission vous propose de ne pas entrer en matière. Elle se réfère dans son argumentation, entre autres, au résultat de la récente votation populaire sur l'ouverture des magasins dans les grandes gares et les aéroports. Le résultat serré démontre, selon cette minorité, la grande retenue d'une importante partie de la population à l'égard de cette extension de la loi sur le travail. Il est peut-être utile de rappeler que les cantons qui ont à l'époque refusé le projet de loi qu'on leur avait soumis n'ont ni grande gare ni aéroport; donc, ils n'étaient pas directement touchés par les modifications que proposait le projet de loi à l'époque.
La minorité III soutient que le travail du dimanche porterait préjudice à une catégorie de travailleurs déjà souvent dans une situation précaire, raison pour laquelle elle vous

propose un amendement portant sur une majoration du salaire de 75 pour cent au lieu des 50 pour cent aujourd'hui en vigueur.
La commission a par ailleurs examiné, sur proposition de la minorité II, la possibilité d'ouvrir une procédure de consultation pour solliciter les cantons et les partenaires sociaux. Leur avis ayant déjà été pris en considération plus d'une fois, la commission a décidé, avec la voix prépondérante du président, de ne pas accéder à cette demande, étant donné, toutefois, qu'une majorité des cantons connaissent aujourd'hui déjà des exceptions et acceptent les ventes du dimanche durant la période de l'Avent, comme je l'ai dit. La majorité a estimé que cette procédure de consultation additionnelle n'apporterait pas d'éléments nouveaux. Par ailleurs, les propositions des partenaires sociaux sont elles aussi connues. Rappelons simplement que des membres influents, tant des milieux patronaux que des syndicats, siègent au sein de la Commission de l'économie et des redevances. Malgré ce constat, la minorité vous propose de renvoyer le dossier à la commission afin de mener une procédure de consultation. La majorité, comme je vous l'ai dit, juge que la nature facultative de l'amendement ne justifie pas une consultation des cantons.
La majorité de la commission vous propose donc d'accepter la modification de la loi sur le travail conformément à l'initiative parlementaire Wasserfallen. Je rappelle simplement que cette disposition permet d'occuper du personnel quatre dimanches par an sans avoir à apporter la preuve du besoin urgent, exigence posée à l'alinéa 3 de l'article 19. Par ailleurs, l'application des dispositions concernant le personnel des commerces occupé temporairement le dimanche, figurant aux alinéas 3 et 5 de l'article 19, correspond au souhait formulé dans l'initiative, autrement dit la majoration de salaire de 50 pour cent pour le temps de travail effectué le dimanche et le consentement du travailleur comme prérequis à son affectation au travail dominical.
Je vous invite donc à suivre la majorité de la commission qui a, par 14 voix contre 7, adopté le présent projet.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Sie haben den Voten der Berichterstatter entnommen, dass wir bei diesem Geschäft eine einzige Debatte führen. Es werden nun die Anträge der einzelnen Minderheiten sowie der Antrag Robbiani begründet.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Au nom de la minorité III de la commission, je vous propose de ne pas entrer en matière sur ce projet, qui est tout à la fois une erreur politique, sociale et économique. Sur le plan politique, il faut tout de même rappeler qu'en 1996 deux tiers des votants avaient refusé une modification assez substantielle de la loi sur le travail. Le fait d'introduire l'ouverture de six dimanches par année dans la vente avait constitué l'un des principaux éléments de ce rejet.

Je rappelle aussi que, s'agissant du travail du dimanche dans les grandes gares et les aéroports, cette réforme, si l'on peut dire, a été acceptée seulement par 50,6 pour cent des votants et par six cantons. Je crois aussi que le fait d'inscrire quatre dimanches dans la loi constituerait une péjoration pour de nombreux cantons, en particulier pour les cantons romands qui ne prévoient pas d'ouverture dominicale, mais aussi en Suisse alémanique et au Tessin où l'on applique en général la règle de l'ouverture deux dimanches seulement.
J'aimerais aussi souligner que, si l'on poursuit la tactique du salami avec la loi sur le travail, celle-ci sera peu à peu démantelée, et pas seulement sur la question du travail du dimanche, puisque récemment on a abaissé l'âge de protection des jeunes travailleurs. Si cette tactique est poursuivie, on va finir par se demander si d'aucuns ne veulent pas nous ramener au XIXe siècle, avant l'adoption de la loi fédérale sur les fabriques.
Et une dernière considération politique: je dois dire, Madame la conseillère fédérale, que je m'étonne un peu de l'attitude du Parti démocrate-chrétien dans cette affaire. Je fais ici référence à une déclaration faite le 16 mars 2004 à la tribune par notre regretté collègue Jean-Philippe Maitre, à l'époque du débat sur l'ouverture du dimanche dans les gares et les aéroports. Il avait dit: "La règle aujourd'hui, c'est l'interdiction d'ouverture des commerces le dimanche. L'exception, c'est celle qu'on connaît dans les stations touristiques et c'est celle qu'on connaît dans les grandes gares et dans les aéroports. Si vous refusez de traiter normalement l'exception, il ne restera plus d'autre solution que de faire pression pour élargir la règle. Vous en prenez le risque!" (BO 2004 N 359) Je constate que l'exception a été légalisée, mais qu'on avance gentiment dans le sens d'une règle plus générale s'agissant de l'ouverture des commerces le dimanche.
Il faut aussi souligner que sur le plan social, les vendeuses et les vendeurs ont des conditions de travail particulièrement difficiles. La plupart d'entre eux ne sont pas au bénéfice d'une convention collective de travail et leurs salaires sont très bas, parfois de l'ordre de 3000 francs. Outre cela, il y a beaucoup de femmes dans ce secteur qui sont à la tête d'une famille, parfois monoparentale, ce qui pose de difficiles problèmes d'organisation.
On remarque aussi que de plus en plus de magasins font appel à des sous-traitants qui rémunèrent moins bien la main-d'oeuvre, ce qui exerce une pression sur les salaires qui sont déjà très bas. Si l'on ouvre une brèche sur ce point, cela présentera une double menace: d'une part, celle d'étendre le travail du dimanche à d'autres branches et secteurs économiques et, d'autre part, celle d'aller plus loin que les quatre dimanches par année.
Enfin, sur le plan économique, s'il est clair que ce type d'ouverture peut présenter un intérêt pour les grandes surfaces, il n'en est rien pour les petits commerces. Par conséquent, on pourrait assister à une distorsion de la concurrence. Je note d'ailleurs que dans cet hémicycle, on ne cesse de parler, depuis des années, de la défense et de la promotion des PME. Je crois que vous avez l'occasion de le faire encore une fois aujourd'hui en rejetant ce projet.
Ma dernière considération, c'est qu'une libéralisation des horaires d'ouverture des magasins n'est pas automatiquement synonyme de croissance économique. Il y a peu de temps, une étude a été effectuée à ce propos en Allemagne où, en 1996, les horaires ont été prolongés jusqu'à 20 heures du lundi au vendredi, suivi du samedi dès 2003. Eh bien, avec 326 milliards d'euros en 2005, le chiffre d'affaires du commerce de détail restait néanmoins inférieur au niveau de 2001. J'ajoute encore pour être plus précis que le porte-monnaie des salariés de ce pays n'est pas extensible à merci, à défaut de s'endetter dans des procédures de petit crédit.

Berberat Didier (S, NE): La minorité II, qui part du principe que la minorité I sera refusée, donc que l'entrée en matière sera acceptée, vous demande de renvoyer ce projet à la commission afin qu'elle consulte les cantons, les partenaires sociaux et les associations de consommateurs au sujet de ce projet de modification de la loi sur le travail. Vous l'avez remarqué, cette minorité est très forte puisque qu'elle compte 11 personnes. Lors du vote, nous avons été partagés à 11 voix contre 11, mais malheureusement, nous avons un président UDC qui a tranché dans le mauvais sens et qui n'a pas voulu consulter les cantons. Je constate toutefois que des représentants d'autres groupes politiques, notamment des membres du groupe radical-libéral, ont cosigné la proposition de la minorité parce qu'ils estiment qu'il faut absolument consulter les cantons, les associations de consommateurs et les partenaires sociaux.
A notre sens il est fondamental, tout d'abord, de consulter les cantons qui ont, et auront à appliquer cette règle. J'ai d'ailleurs connu un Parlement beaucoup plus respectueux du droit des cantons lorsque ça l'arrangeait. Là, visiblement, on souhaite faire le forcing, on ne souhaite pas les consulter mais vraiment mettre tout le monde devant le fait accompli.
En ce qui concerne les milieux intéressés, j'avais cru comprendre que certains milieux de ce Parlement, notamment à

droite de l'hémicycle, étaient favorables au partenariat social et au dialogue, mais visiblement pas dans ce cas-là, puisqu'on ne souhaite même pas consulter les syndicats dans ce domaine. Je constaterai également qu'il n'y a pas d'urgence objective; je ne crois pas que la Suisse s'arrête de vivre et que le commerce suisse périclite si l'on consulte les cantons pendant deux ou trois mois, puis que la commission se repenche sur la question et nous saisisse d'un rapport au début de l'année prochaine. A mon avis, si on fait ça sur deux mois, cela peut jouer.
Je vous dirai quand même que vous auriez intérêt à réfléchir à cette question-là parce que, si vous ne consultez pas les cantons et que par hasard cette loi est soumise au référendum, c'est un argument tout à fait intéressant que vous donnerez aux opposants à cette loi pour expliquer que les cantons n'ont pas été consultés. C'est à vous de faire le choix.
Ensuite, un dernier argument, et non des moindres, qui est d'ordre juridique. Je vous rappelle qu'il existe dans ce pays une loi fédérale sur la procédure de consultation. Cette loi a été violée par la Commission de l'économie et des redevances et j'espère que le Conseil national ne va pas en faire autant. L'article 3 de cette loi stipule à l'alinéa 2: "Une consultation est organisée sur les autres projets qui ont une grande portée politique, financière, économique, écologique, sociale ou culturelle ou dont l'exécution sera confiée en grande partie à des organes extérieurs à l'administration fédérale." C'est vraiment le cas puisqu'on laisse beaucoup de compétences aux cantons.
Donc, vraiment, je pense qu'il faut absolument renvoyer le projet à la commission afin qu'elle procède à une consultation pour qu'on ait le sentiment des cantons, des associations de consommateurs et des partenaires sociaux.
Permettez-moi d'en venir à la proposition de la minorité III, qui part du principe que notre conseil entrera malheureusement en matière et que le projet ne sera pas renvoyé à la commission. Ce que la minorité III demande, c'est simplement que, si les quatre dimanches d'ouverture des magasins sont autorisés, l'employeur doive accorder une majoration de salaire de 75 pour cent au travailleur. Ordinairement, lorsqu'il y a des cas d'ouverture exceptionnelle, notamment le dimanche, la majoration du salaire n'est que de 50 pour cent.
Pourquoi cela? Si les travailleuses et les travailleurs font un effort considérable en venant travailler le dimanche, que l'économie va mieux s'en porter, que le chiffre d'affaires va augmenter – ça reste encore à prouver, parce que Monsieur Rennwald l'a dit clairement: le porte-monnaie des gens n'est pas extensible; il n'y aura pas plus d'achats, ils se feront à d'autres moments du mois ou de la semaine; je ne suis donc pas sûr qu'il y ait une augmentation du chiffre d'affaires –, qu'on souhaite vraiment assouplir la réglementation, ce qui est contraire à mes convictions, il est normal que les travailleuses et les travailleurs aient une compensation, notamment en temps. Il me paraît normal aussi que la compensation, puisqu'on souhaite introduire un système exceptionnel qui deviendra la règle, soit non pas de 50 pour cent mais de 75 pour cent. Et cela d'autant plus, je le rappelle, que les personnes qui travaillent dans la vente ne sont pas les mieux payées au niveau des salaires suisses: ce sont souvent des personnes qui appartiennent à des familles monoparentales, des gens modestes. Il serait tout à fait bienvenu, si vous entrez en matière sur le projet, qu'on fasse aussi un effort en faveur de ces personnes; l'effort ne doit pas toujours être consenti par les travailleurs, il doit aussi être fait par les employeurs.
Si vous acceptez cette modification législative, c'est aussi un argument auquel il faudrait que vous réfléchissiez, et il serait de bonne guerre que certaines avancées en matière sociale puissent compenser cette libéralisation. Je vous demande de bien réfléchir et d'adopter les propositions des minorités II et III.

Robbiani Meinrado (C, TI): Le thème des horaires d'ouverture des magasins se place au carrefour d'intérêts particulièrement différenciés. Il y a d'abord les commerçants, intéressés à toute solution qui leur permet d'augmenter leur chiffre d'affaires, surtout quand cela permet aussi d'attirer de nouveaux clients. Il y a ensuite le personnel qui, de son côté, cherche à éviter qu'une prolongation des horaires d'ouverture pénalise surtout la vie familiale. Il y a en outre les consommateurs: aujourd'hui, les consommateurs ont effectivement de plus en plus tendance à désirer une prolongation des horaires d'ouverture des magasins. Mais il y a aussi la collectivité dans son ensemble, qui a intérêt à préserver des temps sociaux forts, des moments où toute la communauté vit à l'unisson.
Toute intervention sur les horaires d'ouverture des magasins met ainsi en jeu des intérêts et des positions particulièrement différenciés qui méritent d'être considérés de manière approfondie. Les décisions sur un thème aussi délicat doivent donc être le résultat d'un débat large et approfondi. Cela est garanti par la voie parlementaire plutôt que par des décisions de l'exécutif.
C'est pour cela que je propose, à l'alinéa 6, que le fait de décider éventuellement d'élargir les horaires d'ouverture des magasins soit du ressort des parlements cantonaux et non des conseils d'Etat.
Concernant le nouvel alinéa 7 que je propose: je pars de la constatation que la flexibilité est devenue un

pilier du fonctionnement de l'économie, face à un marché plus incertain et plus compétitif. Mais, si on désire construire des modèles de flexibilité qui soient suffisamment solides, il est indispensable de prendre aussi en considération les intérêts de tous les acteurs, et en particulier ceux du personnel. Or prendre en considération les intérêts du personnel signifie, surtout dans ce domaine qui occupe majoritairement des femmes, tenir compte également des effets qu'une ouverture prolongée des magasins peut avoir surtout sur la vie familiale. On a donc intérêt à ce que toute solution introduisant plus de flexibilité puisse être accompagnée par des éléments supplémentaires de protection du personnel.
C'est en partant de cette constatation que, dans le cas concret, des cantons et des partenaires sociaux ont décidé d'élargir l'ouverture des magasins, mais à la condition que ces magasins adoptent une meilleure protection du personnel, notamment par l'adoption d'un contrat type ou bien d'une convention collective de travail. Mais, malheureusement, cette solution s'est heurtée à une décision du Tribunal fédéral qui dit que, sans une base légale explicite, cette possibilité n'est pas accordée.
Il faudrait donc faire en sorte que cette possibilité reste ouverte lorsque les cantons et les partenaires sociaux décident d'étendre l'ouverture des magasins, mais à condition qu'une protection suffisante du personnel soit garantie. Sans cela, évidemment, les résistances, les réactions et les oppositions à ce type de flexibilité se trouveraient augmentées.
Je vous invite donc à accepter cette proposition qui garantit un débat plus large sur ce thème, qui prend mieux en considération la volonté des cantons et des partenaires sociaux et qui reflète une notion de flexibilité qui n'est pas à sens unique, qui est plus équilibrée.

Lang Josef (G, ZG): Vor zwei Jahren hat der Souverän der Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten nur ganz knapp zugestimmt, obwohl sie auf Bahnhöfe und Flughäfen beschränkt war. Damit wurde jede Änderung verworfen, die weiter geht. Diese Vorlage geht weiter, indem sie die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten an allen Orten ermöglichen will. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie daran erinnern, dass das Volk 1996 Nein zum Sonntagsverkauf gesagt hat.
Zusätzlich zu den demokratiepolitischen Gründen sind wir Grünen aus sozialen und kulturellen Gründen gegen die "salamitaktische" Abschaffung des Sonntags. Die Ausweitung der Sonntagsarbeiten im Verkaufsbereich trifft vor allem sozial Schwächere, insbesondere Frauen. Deshalb muss diese Vorlage, geschätzte Mitglieder der CVP-Fraktion, allein schon aus familienpolitischen Gründen abgelehnt werden. Dazu kommt, dass von solchen Ausweitungen vor allem die Grossen profitieren und der Detailhandel "en gros" verliert.

AB 2007 N 1417 / BO 2007 N 1417

Die meisten menschlichen Kulturen haben im Laufe ihrer Entwicklung einen gemeinsamen Ruhetag geschaffen. Der Sinn eines allgemeinen Ruhetages ist ein doppelter: Es soll einen Tag geben, an dem die Menschen unabhängig von den Zwängen der Berufsarbeit eine freie Zeit miteinander verbringen können. Das Miteinander kann nur gleichzeitig stattfinden, deshalb muss dieser Ruhetag allgemein sein. Zudem soll es einen Tag geben, an dem der Kommerz seine Grossmacht nicht ausüben kann, an dem die anderen, die kulturellen Werte des Lebens zur Geltung kommen. "Ein Jegliches hat seine Zeit", heisst es in einem alten Plädoyer für die menschliche und gesellschaftliche Vielfalt – und für die heutige Zeit übersetzt: gegen die Einfalt des Kommerzes.
Sollte der Nichteintretensantrag der Minderheit I (Rennwald) nicht durchkommen, unterstützen wir Grünen den Rückweisungsantrag der Minderheit II (Berberat), der die Kommission beauftragt, die Kantone und die Direktbetroffenen zuvor zu vernehmen. Weiter sind wir für den Antrag der Minderheit III (Berberat), der einen Zuschlag von 75 Prozent beantragt. Der Sonntag ist kein normaler Arbeitstag. Er soll uns teuer bleiben – im doppelten Sinne des Wortes.
Zu guter Letzt unterstützen wir den Antrag Robbiani: Verkäuferinnen sind auf Gesamtarbeits- oder Musterverträge besonders angewiesen.

Gysin Hans Rudolf (RL, BL): Der Ihnen vorliegenden parlamentarischen Initiative des verstorbenen Kollegen Wasserfallen wurde sowohl von der Kommission des Nationalrates wie auch von der Kommission des Ständerates Folge gegeben. Die parlamentarische Initiative verlangt, dass die Kantone vorübergehende Sonntagsarbeit an bis zu vier Sonntagsverkäufen, insbesondere an sogenannten Weihnachtsverkäufen, ohne besonderen Bedürfnisnachweis zulassen können. Die heutige, zum Teil scharfe Regulierung soll nun aus guten Gründen liberalisiert werden. Deshalb sieht ja die Vorlage in Artikel 19 des Arbeitsgesetzes einen zusätzlichen Absatz 6 mit dem Wortlaut vor, den Sie vor sich haben. Das ist eine sehr gute Lösung, denn mit dieser Bestimmung wird die Beschäftigung von Personal an vier Sonntagen pro Jahr ermöglicht, ohne dass ein dringendes Bedürfnis,

wie das nach Artikel 19 Absatz 3 des entsprechenden Gesetzes vorgeschrieben ist, besonders nachgewiesen werden muss.
Die Argumente der FDP-Fraktion sind die folgenden:
1. Sonntagsverkäufe, besonders in der Vorweihnachtszeit, sind der Bevölkerung ein Anliegen. Die Zahlen aus dem letzten Jahr machen dies deutlich. Ich konnte mich selber vor Ort überzeugen, wie gross das Interesse zum Beispiel in unserer Region war.
2. Die wirtschaftshemmenden Restriktionen des Bundesgerichtes sollen somit abgeschafft werden, denn diese führen zu einer komplexen Bewilligungspraxis. Die generelle Möglichkeit für die Kantone, vier Sonntagsverkäufe pro Jahr zu bewilligen, beseitigt Ungerechtigkeiten im schweizerischen Vergleich. Trotzdem bleibt die Kantonsautonomie bestehen. Die vorgeschlagenen vier Sonntage sind der gegebene Rahmen für die Kantone. Diese können den Bedürfnissen und Gegebenheiten im eigenen Kanton Rechnung tragen. In diesen Kantonen können dann alle Kreise, die eher dafür oder dagegen sind, immer noch ihre Meinung einbringen.
3. Mit diesem Vorschlag verringern sich die administrativen Umtriebe für Unternehmen und Behörden, denn heute ist es nicht nur im Kanton Bern so, dass das geltende Recht keinen Spielraum für Bewilligungen für Sonntagsarbeit in der Adventszeit bietet. Ein Beispiel: Wird ein zweiter Sonntagsverkauf im Advent bewilligt, darf das gleiche Verkaufspersonal jeweils nur an einem Sonntag beschäftigt werden. Es entspricht einer Tatsache – daran mag die Gegnerschaft rütteln, wie sie will –, dass sich insbesondere bei Familien Weihnachtseinkäufe an Sonntagen einer grossen Beliebtheit erfreuen. Gerade in der letzten Adventszeit wurde dieses Konsumentenbedürfnis überdeutlich. Der Detailhandel beispielsweise ist auf diese Einnahmen angewiesen. Arbeitsstellen können dank dem florierenden Geschäft gesichert und schlechte Verkaufszahlen durchs Jahr hindurch zumindest teilweise gerettet oder kompensiert werden.
Nicht zuletzt verlangt diese neue Bestimmung mehr Transparenz und Klarheit, ausserdem sollen die Kantone vorübergehende Sonntagsarbeit für bis zu vier Sonntagsverkäufe ohne besonderen Bedürfnisnachweis zulassen können. Auch das EVD begrüsst die Stossrichtung der Initiative, und es hat betont, die vorgeschlagene Lösung werde eine rechtsgleiche Anwendung und eine vereinfachte Umsetzung in allen Kantonen ermöglichen.
Ich bitte Sie im Namen der FDP-Fraktion, der Mehrheit zu folgen, der Vorlage und damit dem neuen Absatz 6 von Artikel 19 des Arbeitsgesetzes zuzustimmen und alle Anträge, die dem widersprechen, abzulehnen.

Daguet André (S, BE): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion beantrage ich Ihnen, dem Antrag auf Nichteintreten zuzustimmen und, sofern nicht Nichteintreten in diesem Rat beschlossen wird, den anderen Minderheitsanträgen zuzustimmen.
Ich erinnere nochmals an die Volksabstimmung vom 27. November 2005. Wir hatten eine sehr harte Auseinandersetzung über die Sonntagsverkäufe in den Bahnhöfen, und die Volksabstimmung ist bekanntlich mit 49,4 Prozent Neinstimmen zu 50,6 Prozent Jastimmen ganz knapp ausgegangen. Es war eine sehr knappe Abstimmung. Es ist klar, dass sich diese Position gegen unseren Willen mehrheitlich durchgesetzt hat; das akzeptieren wir als gute Demokraten. Aber wenn wir diese Abstimmung nochmals genau anschauen, stellen wir fest, dass 19 Kantone Nein zu dieser Vorlage gesagt haben. Es waren lediglich fünf Vollkantone und zwei Halbkantone, die dieser Vorlage zugestimmt haben. Weil das die grossen Kantone wie Zürich, Bern, Genf, Aargau und die beiden Basel waren, hat es doch zu dieser knappen Mehrheit gereicht. Aber 19 Kantone haben Nein gesagt; das war ein klares Signal.
Es war damals in der Diskussion immer gesagt worden: Wir wollen diese Sache in den Bahnhöfen regeln, weil wir damit eigentlich einen Schlusspunkt setzen wollen. Das ist von verschiedenen Fraktionen so vertreten worden. Deshalb muss ich Ihnen sagen, dass es nicht verständlich ist, dass jetzt die WAK ganz knapp entschieden hat, der parlamentarischen Initiative Wasserfallen Folge zu geben, ohne erstens die Kantone, deren grosse Mehrheit die Sonntagsverkäufe in den Bahnhöfen abgelehnt hat, und zweitens die Sozialpartner in die Vernehmlassung einzubeziehen. Denn diese parlamentarische Initiative beinhaltet eine ganz klare Ausweitung der Sonntagsverkäufe und damit eine weitere Durchlöcherung des Sonntagsarbeitsverbotes. Es geht hier nämlich um vier Sonntagsverkäufe ohne Bewilligung, ohne Bedürfnisnachweis. Ich sage es hier: Es ist unverständlich, weshalb man die Kantone nicht in die Vernehmlassung einbezieht, auch wenn selbstverständlich die Kantone selber darüber entscheiden – das sei zugegeben –, wie sie das ausgestalten wollen. Aber es ist klar eine weitere Liberalisierung, und ich verstehe das nicht, nachdem das Volk zu den Sonntagsverkäufen so knapp Ja gesagt hat.
Deshalb möchte ich die zuständige Volkswirtschaftsdirektorin etwas fragen. Wir hatten seinerzeit die Volksabstimmung über Sonntagsverkäufe in Bahnhöfen, und man hat uns damals gesagt, es gehe nicht um eine weitere Liberalisierung. Ich wäre sehr froh, wenn Sie hier, Frau Bundesrätin, eine klare Haltung bekanntge-

ben würden: Ist das jetzt die letzte Vorlage dieser Art, und ist jetzt Schluss mit weiteren Liberalisierungen an Sonntagen?
Eine zweite Frage ist für uns ebenfalls ein riesiges Anliegen: Wir haben im Zusammenhang mit den Sonntagsverkäufen immer gesagt, dass jene am meisten von der Erweiterung der Sonntagsarbeit betroffen sind, die auch zu den schlechtesten Arbeitsbedingungen zu arbeiten haben. Deshalb möchte ich auch diese Frage klipp und klar an Frau Bundesrätin Leuthard stellen: Wie sehen Sie diese Problematik der Anstellungsbedingungen? Es gibt hier Minderheitsanträge, mit denen versucht wird, wenigstens sicherzustellen, dass unter diesen Bedingungen die Abgeltungen für jene, die

betroffen sind und ohnehin schlechte Arbeitsbedingungen haben, erhöht werden. Ich wäre froh zu erfahren, wie Sie die Anstellungsbedingungen dieser Leute beurteilen und was Sie zu tun gedenken. Zentral ist aber für mich die Frage, ob jetzt Schluss ist mit weiteren Liberalisierungen oder ob das wieder ein Stück jener Salamitaktik ist, die bekanntlich begonnen hat.
Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion beantragen wir Ihnen erstens Nichteintreten, weil diese Vorlage für uns ganz klar ein weiterer Schritt in Richtung Öffnung bzw. Liberalisierung der Sonntagsarbeit ist. Zweitens beantragen wir Ihnen Zustimmung zum Rückweisungsantrag mit der Forderung, dass zuerst ein Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen und Sozialpartnern eröffnet wird, insbesondere deshalb, weil 19 Kantone zu den Sonntagsverkäufen in den Bahnhöfen Nein gesagt haben. Drittens beantragen wir Ihnen Zustimmung zu den übrigen Anträgen, die zumindest dafür sorgen wollen, dass die Arbeitsbedingungen des betroffenen Verkaufspersonals verbessert werden.

Donzé Walter (E, BE): Die EVP/EDU-Fraktion ist bei den Minderheiten nicht aufgeführt – ich hoffe, dass Sie das überrascht. Wir sind nicht in der WAK vertreten, und deshalb sind wir nicht auf der Fahne aufgeführt. Aber wir sind nicht dafür, alle Schranken aufzuheben und "freie Bahn dem Kommerz" zu propagieren. Nach unserem Grundsatz wollen wir keine Erweiterung von Bewilligungen und keine Erleichterung für weitere Bewilligungen für Sonntagsverkäufe im Arbeitsgesetz; deshalb beantrage ich Ihnen vorab Nichteintreten.
Es gibt politische, soziale und auch wirtschaftliche Gründe für unsere Haltung. Es wurde schon gesagt: Die Volksabstimmung 2005 war sehr knapp. Dieses Resultat rechtfertigt es nicht, im Nachhinein zu kommen und zu sagen: "Das Volk hat Ja gesagt, und die Kantone haben auch nichts dagegen, wenn wir Ihnen weitere Freiheiten gewähren." Diese Freiheiten sind auf der anderen Seite auch mit Unfreiheiten verbunden. Es ist für uns unverständlich, dass man die Kantone nicht gefragt hat, ob sie so weit gehen wollen, selbst wenn es ihnen freigestellt ist, dies nachzuvollziehen oder nicht. Wir wissen es alle: Wenn man ein Verbot aufhebt, dann gibt das Schub. Wenn Sie so weit gehen, dann wird das auch Druck auf die Kantonsregierungen geben; in den kantonalen Parlamenten werden weitere Initiativen für Liberalisierungen folgen. Deshalb unterstützen wir auch die Minderheit II (Berberat). Das Wort von der grossen Freiheit für die Kantone ist also ein leeres Versprechen.
In sozialer Hinsicht erinnere ich alle Parteien, die jetzt im Wahlkampf die Familie zum Schlagwort erheben: Diese Liberalisierungen gehen zulasten der Familien. Das gemeinsame Einkaufserlebnis kann auch am Samstag stattfinden. Die Qualität des Familienlebens leidet, wenn die Mutter oder der Vater darauf angewiesen ist, eben auch in der Zeit, die sonst als Freizeit zur Verfügung steht, zu einem allenfalls erhöhten Ansatz berufstätig zu sein. Die gemeinsamen Erlebnisse fehlen, die Familien fallen weiter auseinander, für die Kinder hat man nicht Zeit; das rächt sich dann, auch finanziell. Die Sonntagsruhe wird aufgebrochen nach dem Motto "Wir wollen alles, und wir wollen das jederzeit."
Auch das Einverständnis der Arbeitnehmer, schliesslich müsse ja niemand am Sonntag arbeiten, sie bekämen ja mehr Geld dafür und deshalb gebe es viele Freiwillige, die sich zur Verfügung stellten, ist ein Scheinargument. Letztlich stehen da auch Befürchtungen im Raum, man verliere die Stelle, wenn man nicht bereit sei, seinen Beitrag zu dieser ausserordentlichen Leistung zu erbringen.
Und schliesslich zu den wirtschaftlichen Gründen: Es ist mit der Öffnung der Geschäfte am Sonntag keine Konsumausweitung zu erwarten. Wir müssen davon ausgehen, dass das Portemonnaie nicht dicker wird, sondern dass wir genau gleich viel konsumieren, nur auf eine längere Zeitdauer verteilt. Zudem wird sich der Umsatz vom Land in die Stadt verlagern, von den kleinen Geschäften in die grossen. Ob wir das wollen, müssen wir uns schon gut überlegen.
Weihnachtsverkäufe sind weiterhin gewährleistet. Wir verweigern uns einer weiteren Öffnung, beantragen Ihnen Nichteintreten und allenfalls Zustimmung zum Antrag der Minderheit II, die eine Vernehmlassung will. Wir stimmen aber auch dem anderen Minderheitsantrag und dem Antrag Robbiani zu.

Bader Elvira (C, SO): Die CVP-Fraktion unterstützt die vorgeschlagene Änderung des Arbeitsgesetzes. Diese Änderung bringt eine Entspannung und eine Klärung für die Diskussionen über Sonntagsverkäufe, und sie trägt zu einer transparenten und einheitlichen schweizerischen Lösung bei. Die Regelung der Öffnungszeiten soll aber grundsätzlich in der Kompetenz der Kantone liegen. Die Auflagen bezüglich Lohnzuschlag sowie das Einverständnis der Arbeiter und Arbeiterinnen müssen weiterhin vorausgesetzt werden.
Als liberal-soziale Partei setzen wir uns für einen dynamischen Wirtschaftsstandort ein. Dazu gehört eine Gesetzgebung, die den Unternehmen die nötige Flexibilität für wirtschaftliches Handeln gibt. Damit werden familienfreundliche Teilzeitarbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten für Junge und Studenten geschaffen. Niemand darf gezwungen werden, sein Geschäft während der gesetzlich möglichen Öffnungszeiten auch wirklich zu öffnen, aber Ladeninhaber können flexibler und einfacher auf die Kundenbedürfnisse eingehen. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten ein besonderer Schutz und besondere Konditionen für den Einsatz an Sonntagen. Die bereits gewährten gesetzlichen und sozialpartnerschaftlichen Regelungen für die Kompensation von Spät-, Nacht- und Sonntagsarbeit werden auch beim Verkaufspersonal zu befriedigenden Lösungen führen.
Als liberal-soziale Partei sind wir uns aber auch unserer sozialen und ethischen Verantwortung bewusst. Unser Ziel: starke Familien, in denen die Eltern, unabhängig von der Lebensform, die Verantwortung für das Wohlergehen und die Entwicklung der Kinder tragen. Arbeitsfreie Tage erachten wir deshalb als absolut notwendig für das Familienleben und generell für den sozialen Zusammenhalt. Nicht dem Konsum, sondern diesen immateriellen Werten kommt für uns höchste Priorität zu. Die von uns befürwortete begrenzte Ausdehnung der Öffnungszeiten darf deshalb nicht zu einem Dammbruch führen, der das Zusammenleben der Familien nachhaltig tangiert. Sonntagsarbeit muss nach dem Willen der CVP immer beschränkt sein und auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen.
Die Mehrheit der CVP-Fraktion wird der parlamentarischen Initiative für eine limitierte Anzahl Sonntagsverkäufe ohne Restriktionen zustimmen und lehnt deshalb alle Minderheitsanträge ab.

Zuppiger Bruno (V, ZH): Wegen eines aus Sicht der SVP etwas unglücklichen Bundesgerichtsentscheides wurde unser verstorbener Kollege Wasserfallen fast gezwungen, eine parlamentarische Initiative einzureichen, welche dazu dienen soll, dass die Kantone Sonntagsverkäufe an höchstens vier Sonntagen pro Jahr zulassen können. Insbesondere ist da an Weihnachtsverkäufe gedacht. Dies soll ohne besonderen Bedürfnisnachweis und ohne zusätzliche Auflagen im Arbeitsgesetz bezüglich Lohnzuschlag und anderes mehr geschehen können. Selbstverständlich soll dabei das Einverständnis des Arbeitnehmenden eingeholt und auch auf seine persönlichen Bedürfnisse und Bedingungen Rücksicht genommen werden.
Die SVP-Fraktion wird dieser kleinen Gesetzesänderung zustimmen. Wir reden nämlich von vier Sonntagsverkäufen pro Jahr. Im Kanton Zürich werden sie jeweils vor Weihnachten durchgeführt. Ich muss Ihnen sagen: Es ist auch für die Familien ein Erlebnis, wenn sie in einem geschmückten Dorf, einer geschmückten Stadt ihre Weihnachtseinkäufe tätigen können.
Die SVP will, dass die Ladenbesitzer selber und ohne besondere Auflagen entscheiden können, wann für sie die beste Zeit ist, ihre Geschäfte möglichst optimal zu gestalten. Gerade in grösseren Agglomerationen oder Tourismusregionen können Sonntagsverkäufe nämlich durchaus Sinn machen und die Ungleichheit gegenüber dem Ausland oder den Raststätten, Restaurationsbetrieben und

Verkaufsgeschäften an Autobahnen etwas mildern. Die Sonntagsverkäufe in der Weihnachtszeit entsprechen einem echten Kundenbedürfnis; das kann man nicht einfach auf die Seite schieben. Die gesellschaftlichen Gewohnheiten haben sich nun einmal verändert, das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Die SVP will nicht, dass wegen einer falsch verstandenen Behinderungsstrategie durch die Politik die Kunden abwandern und andere Märkte davon profitieren.
Wir empfehlen Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Mehrheit der WAK zu folgen. Damit haben alle Kantone die Möglichkeit, pro Jahr höchstens vier Sonntage zu bezeichnen, an welchen die Verkaufsgeschäfte bewilligungsfrei offen gehalten werden können.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Die Diskussion fand ich eigentlich ziemlich ähnlich wie diejenige, die damals stattfand, als wir vor der Abstimmung standen und die genau gleichen Argumente gegen eine Lockerung der Sonntagsruhe diskutiert wurden. Ich glaube, es ist richtig und wird wichtiger, dass die Sonntagsruhe beibehalten wird, als Pfeiler unserer Gesellschaft, als Prinzip wie auch zur Stärkung der Familien, für die Ruhe, die nach strengen Arbeitswochen wichtig ist. Deshalb lohnt es sich, sorgfältig zu legiferieren und allfällige Lockerungen auch genau anzuschauen.

Ich bin aber mit dem Bundesrat ebenso der Überzeugung, dass der vorliegende gesetzliche Lösungsvorschlag Ihrer Kommission ein vernünftiger Weg ist, eine Anpassung an die heutigen Lebensgewohnheiten, und dass mit dieser Lösung auch die Sonntagsruhe, der Arbeitnehmerschutz und auch andere wichtige gesellschafts- und sozialpolitische Anliegen respektiert werden. Es ist eine moderate Lösung, die auch zu Recht den Willen unserer Bevölkerung beachtet, die sich zu einer Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten zwar positiv geäussert hat, aber weder generelle Liberalisierungen noch eine generelle Aufgabe der Sonntagsruhe wünscht. Sie schätzt jedoch die Möglichkeit, vereinzelt an Bahnhöfen oder während der Adventszeit am Sonntag einkaufen zu können. Das sind Entwicklungen, die wir zu respektieren haben. Alle, die hier dagegen votieren, bitte ich einfach, auch den Volkswillen zu respektieren; ein Ja ist ein Ja, und das ist bindend – das höre ich ja sonst auch bei Abstimmungen, die Sie gewonnen haben.
Wissen Sie, der Bundesrat hat sich mit dieser Frage schon mehrfach beschäftigt; hier geht es aber um ein Geschäft des Parlamentes und nicht des Bundesrates. Wir haben aber schon im Vorfeld der Abstimmung über die Lockerung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen und Flughäfen dargelegt, dass der Bundesrat einer Ausdehnung der Öffnungszeiten zustimmen würde – das war immer transparent –, mit der Argumentation, dass es eine moderate Ausdehnung sei und dass es vor allem die rechtliche Situation verbessere, die seit diesem Bundesgerichtsentscheid ungenügend ist. Die Weisung des Seco aus dem Jahre 2004 wurde wie gesagt von 19 Kantonen umgesetzt. Wir kennen Sonntagsverkäufe in der grossen Mehrheit der Kantone, aber mit unterschiedlichen Bedingungen und eben auf einer ungenügenden Rechtsgrundlage basierend. Deshalb verstärkt die Vorlage Ihrer Kommission eine einheitliche Anwendung und somit auch die Rechtssicherheit, die wir anstreben. Insofern ist diesem Element mit einer Lockerung der Sonntagsruhe – sehr moderat, befristet, begrenzt und bereits heute gängige Praxis –, ist dieser Gesetzeslösung zuzustimmen.
Die eidgenössischen und die kantonalen Vollzugsbehörden sind, um ihre Aufgaben optimal wahrzunehmen, auf eine transparente und schweizweit einheitliche Regelung angewiesen. Gerade im Rahmen der Beschäftigung von Personal am Sonntag in Verkaufsgeschäften ist heute beides nicht verwirklicht. Ich möchte daran erinnern, dass die Ladenöffnungszeiten vollumfänglich in der Kompetenz der Kantone liegen und dass von Montag bis Samstag zwischen 6 und 23 Uhr bereits heute keine arbeitsgesetzlichen Einschränkungen gelten. Das ist die bestehende Rechtssituation. Insofern sind wir überzeugt, dass die Kantone wie bis anhin sehr zurückhaltend von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen.
Herr Donzé, Sie sprechen zu Recht die Familien an. Aber ich glaube nicht, dass man den Bündnern, Sankt-Gallern, Schwyzern, diesen Kantonen also, vorwerfen kann, sie hätten jetzt zerrüttete Familienverhältnisse; man kann nicht sagen, diese Möglichkeiten, von denen diese Kantone Gebrauch machen, hätten messbare Konsequenzen auf die Familienstrukturen. Daran glaube ich nicht. Es ist mir bis anhin auch keine Studie bekannt, die irgendetwas anderes besagt. Deshalb, glaube ich, kommt dies gerade auch vielen Familien zugute: Statt vor dem Fernseher zu sitzen und zu konsumieren, erleben sie miteinander etwas, und wenn man einen Adventskranz kauft, ist das, glaube ich, auch in Ihrem und in meinem Sinne.
Zu den Fragen, zuerst im Zusammenhang mit dem Antrag Robbiani: Herr Robbiani hat schon im Jahr 2004 eine gleichlautende Motion 04.3533, "Ladenöffnungszeiten und Gesamtarbeitsverträge", eingereicht. Das Parlament hat diese Motion abgelehnt, und der Bundesrat kann auf die damaligen Argumente zurückgreifen.
1. Das öffentliche Arbeitsgesetz hat eine andere Zielsetzung als das kollektive Arbeitsrecht. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber die Regelung dieser beiden Bereiche getrennt.
2. Die Ladenöffnungszeiten werden kantonal geregelt, wie ich gerade ausgeführt habe. Das kollektive Arbeitsrecht hingegen liegt in der Kompetenz des Bundes. Die Annahme Ihres Antrages würde deshalb eine Vermischung dieser beiden Kompetenzbereiche zur Folge haben, und das ist nur schon in der Verfassung nicht so vorgesehen.
3. Bei allem Verständnis für Ihre Sorgen für die Arbeitnehmenden muss ich daran erinnern, dass das Arbeitsgesetz heute doch einen dreifachen Schutz gewährleistet: Erstens muss jeder Mann und jede Frau, der oder die Sonntagsarbeit leistet, seine oder ihre Zustimmung geben; zweitens ist ein Lohnzuschlag von 50 Prozent die Folge von Sonntagsarbeit; drittens haben alle, die am Sonntag mehr als fünf Stunden arbeiten müssen, in der darauffolgenden Woche zwingend einen Ersatzruhetag zugute. Dieser Arbeitnehmerschutz ist wichtig, er ist aber auch ausreichend. Deshalb sind für den Bundesrat auch keine weiteren arbeitsgesetzlichen Massnahmen nötig, um die Situation zu verbessern. Das ist auch meine Antwort an Herrn Daguet zur Frage der Anstellungsbedingungen.
Zur Frage der Vernehmlassung: Ich erinnere daran, dass es nicht eine Vorlage des Bundesrates ist, es ist Ihre Vorlage. Ihre Kommission hat das mit Sicherheit geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass das nicht nötig ist. Wir teilen diese Auffassung, weil mit dieser Vorlage der Föderalismus ja gerade gestärkt wird, die Kantone haben sogar mehr Rechte, und es wird eine saubere Grundlage geschaffen. Diese Frage war überdies bereits

im Zusammenhang mit der Vorlage zu den Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen Teil der Diskussion. Man kennt die Haltung der Kantone zur damaligen Vorlage.
Herr Wasserfallen hat einen richtigen, moderaten Vorschlag gemacht, der die Sonntagsruhe, wie sie heute praktiziert wird, aufrechterhält, der den Arbeitnehmerschutz gewährleistet, der aber auch den neuen Lebensgewohnheiten der Menschen in diesem Land Rechnung trägt. Der Bundesrat unterstützt daher die vorgeschlagene Gesetzesänderung.

Berberat Didier (S, NE): Madame la conseillère fédérale, je vous ai remis tout à l'heure un exemplaire de la loi fédérale sur la procédure de consultation, et j'ai deux questions à vous poser. Même si le projet émane d'une commission, est-ce que vous pouvez nous garantir qu'on ne viole pas la loi en ne consultant pas les cantons? Je rappelle que 16 cantons ont rejeté, le 27 novembre 2005, la modification de la loi sur le travail qui prévoyait que les magasins situés dans les aéroports et dans les gares à forte fréquentation peuvent occuper des travailleurs le dimanche. Ne serait-il pas opportun non seulement juridiquement, mais aussi politiquement, dans le cas du présent projet, de consulter les cantons, vu que c'est un domaine très sensible?

AB 2007 N 1420 / BO 2007 N 1420

Leuthard Doris, Bundesrätin: Wie gesagt ist der Entscheid bezüglich der Vernehmlassung von Ihrer Kommission gefällt worden; da habe ich mich nicht einzumischen. Vom Gesetz her sind wir der rechtlichen Auffassung, dass die Interpretation zulässig ist, wonach in dieser Frage die Kantone nicht zwingend in eine Vernehmlassung einbezogen werden mussten, weil die föderale Kompetenz der Kantone mit der Vorlage gestärkt wird. Insofern lässt es sich rechtfertigen.
Politisch ist das eine andere Frage. Ich finde immer: Mehr Dialog ist besser. Aber das ist Ihr Entscheid, in den sich der Bundesrat nicht einzumischen hat.

Donzé Walter (E, BE): Frau Bundesrätin, es würde mich schon interessieren, ob Sie glauben, man könne den Adventskranz nur am Sonntag kaufen.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Selbstverständlich kann man ihn auch an einem anderen Tag kaufen, aber die Weihnachtsmärkte am Sonntag sind besonders romantisch. Ich zum Beispiel komme unter der Woche und am Samstag in der Regel nicht dazu und schätze es, wenn ich in aller Ruhe mit meiner Familie am Sonntagmorgen – es kann ja vielleicht sogar nach der Kirche sein, Herr Donzé – meinen Adventskranz kaufen kann.

Vanek Pierre (-, GE): Madame la conseillère fédérale, vous défendez ici un projet qui déroge non seulement à la loi sur le travail et à la protection des travailleurs, mais qui déroge aussi aux dix commandements: "Mais le septième jour est le jour du repos de l'Eternel, ton Dieu: tu ne feras aucun ouvrage, ni toi, ni ton fils, ni ta fille, ni ton serviteur, ni ta servante, ni ton bétail, ni l'étranger qui est dans tes portes." (Exode 20:10)
La question est la suivante: est-ce que le Conseil fédéral ou votre parti, prétendument chrétien, Madame la conseillère fédérale, entend au nom du "dynamisme de la place économique suisse" nous faire aussi des propositions pour déroger, quelques jours par an, par exemple à l'interdiction du meurtre, du vol, du faux témoignage ou d'autres dispositions qui figurent dans le décalogue?

Leuthard Doris, Bundesrätin: Herr Vanek, ich bitte Sie, doch bei der Sache zu bleiben. Es geht um vier Möglichkeiten pro Jahr, über welche die Kantone bestimmen. Heute funktioniert das schon in 19 Kantonen, ohne dass grosse Zwischenfälle passieren. Ich erinnere daran, dass Sie wahrscheinlich auch ab und zu am Sonntag ein Restaurant besuchen. Dort gibt es auch Arbeitnehmende; in unseren Spitälern haben wir unzählige Arbeitnehmende, die uns auch jeden Sonntag verarzten und versorgen. Ich bitte Sie also, auf dem Boden der Realität zu bleiben.
Der Bundesrat hat sich immer für einen hohen Arbeitnehmerschutz eingesetzt. Der Arbeitsfriede ist ein wichtiges Gut, aber man hilft ihm nicht, wenn man übertreibt, sondern man sollte berücksichtigen, dass es funktioniert, dass wir einen sehr flexiblen Arbeitsmarkt haben und die Arbeitnehmenden in der Schweiz zufrieden sind.

Meier-Schatz Lucrezia (C, SG), pour la commission: Permettez-moi simplement de m'adresser une fois encore aux Romands et de reprendre la balle au bond puisque Madame la conseillère fédérale Leuthard l'a relancée en commission. Je me prononce sur la proposition de la minorité II. En effet, au sein de la commission, nous avons évalué sérieusement la nécessité de refaire ou non une procédure de consultation. Je comprends la

position des cantons romands, et ce d'autant plus que l'on sait que le dimanche est férié dans quatre cantons de Suisse romande. Ils ne connaissent pas la pratique des ventes dominicales. C'est une situation que nous ne connaissons pas en Suisse allemande, raison pour laquelle une majorité des cantons, 19 sur 26, sont aujourd'hui en désaccord avec la Suisse romande.
Lors de nos débats, nous avons essayé de différencier la situation entre la Suisse romande et la Suisse allemande. La procédure de consultation aurait une durée de trois mois, et pas seulement de deux mois comme Monsieur Berberat nous le propose. Une nouvelle évaluation ne s'impose pas, même si l'on se réfère à la loi fédérale sur la procédure de consultation, tel que l'a fait Monsieur Berberat. Je constate simplement que nous avons affaire ici à une mesure qui n'est pas obligatoire pour les cantons, mais qu'ils sont invités à réagir s'ils en ont envie. Donc, rien n'oblige les cantons de Suisse romande par exemple à avoir quatre dimanches d'ouverture de magasins. C'est une possibilité et, à mon avis, pas une nécessité.
C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous invite à la suivre, même si quelques radicaux se sont ralliés à la minorité.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Wir stimmen zuerst über den Nichteintretensantrag der Minderheit I (Rennwald) ab.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 03.463/4740)
Für Eintreten .... 98 Stimmen
Dagegen .... 68 Stimmen

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Wir stimmen nun über den Rückweisungsantrag der Minderheit II (Berberat) ab.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Minderheit II .... 79 Stimmen
Dagegen .... 92 Stimmen

Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel
Loi fédérale sur le travail dans l'industrie, l'artisanat et le commerce

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung
Antrag der Kommission: BBl

Titre et préambule, ch. I introduction
Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

Art. 19
Antrag der Kommission: BBl

Antrag Robbiani
Abs. 6
Die Kantone können durch Gesetz höchstens ....
Abs. 7
In der Ausführungsgesetzgebung können die Kantone vorsehen, dass bei der Beschäftigung der Arbeitnehmer die Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrages oder eines Mustervertrages einzuhalten sind.

Art. 19
Proposition de la commission: FF

Proposition Robbiani

Al. 6
Les cantons peuvent fixer, par la voie législative ....
Al. 7
Dans la législation d'application, les cantons peuvent prévoir que l'occupation de travailleurs soit soumise au respect des dispositions fixées par une convention collective de travail ou un contrat type.

AB 2007 N 1421 / BO 2007 N 1421

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Wir stimmen über den Zusatz der Minderheit III ab.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Minderheit III .... 75 Stimmen
Dagegen .... 95 Stimmen

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Nun stellen wir den Antrag der Mehrheit dem Antrag Robbiani entgegen.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit .... 93 Stimmen
Für den Antrag Robbiani .... 80 Stimmen

Ziff. II
Antrag der Kommission: BBl

Ch. II
Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 03.463/4744)
Für Annahme des Entwurfes .... 104 Stimmen
Dagegen .... 66 Stimmen